in die Parteikasse zu greifen; so erhält etwa die Witwe des einstigen Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler einen mageren Zuschuß. Aber sie sind nicht geneigt, ihren Genossen den einmal erreichten Lebensstandard zu garantieren. Eppler warnt: „Die Not fängt noch keineswegs an, wenn das Einkommen im Monat unter 4000 Mark sinkt."

SPD

Ganz haarig

Die SPD wollte sich durch eine Trennung von ihrem Hochschulbund Ärger von links ersparen. Doch nun schießen sich die Jungsozialisten auf die Parteiführung ein.

Für Kanzler Brandts Partei-Junioren bestimmt CDU-Chef Rainer Barzel Richtlinien der SPD-Politik. Wolfgang Roth, Vorsitzender von 250 000 Jungsozialisten, findet „es empörend, daß Barzel nur zu pfeifen braucht". Und Stephan Albrecht, Sprecher für 2500 im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) organisierte Studenten, klagt: „Die SPD hat sich zum Büttel der CDU gemacht."

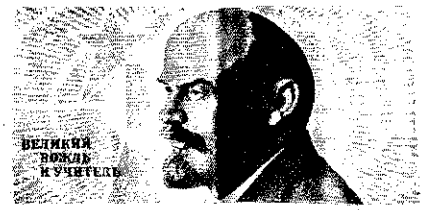
Zermürbt von der Polemik der Christdemokraten, die SPD treibe „Volksfront-Politik" (CSU-Chef Franz Josef Strauß), hatten die Sozialdemokraten Anfang Juni den Wählern vorführen wollen, daß sie sich von Linksabweichlern abzugrenzen wissen.

Sie entsprachen damit einer Aufforderung Rainer Barzels, der die Regierungspartei eingeladen hatte, sich „eindeutig gegenüber linksradikalen Kräften abzugrenzen".

Neben der Klage gegen den früheren SPD-MdB und CSU-Sympathisanten Günther Müller, der in München seine „Sozialen Demokraten 1972" zur Wahl gestellt hatte, beschloß der Partei-Vorstand eine Säuberungsaktion gegen Linke: Er brach mit dem ungeliebten Sozialdemokratischen Hochschulbund, der an mehreren westdeutschen Universitäten mit dem kommunistischen Spartakus paktiert.

Per Einschreiben drohte SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner am 5. Juni, zwei Tage vor der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit der Nation, dem SHB an: „Sollten Sie, bezugsweise eine Ihrer Untergliederungen die Bezeichnung ‚sozialdemokratisch' nach dem 20. Juni 1972 noch führen, müssen wir uns gerichtliche Schritte ausdrücklich vorbehalten."

Sollten die SHB-Führer dem SPD-Verlangen nicht nachkommen, so erreicht am Dienstag dieser Woche der seit Jahren schwelende Konflikt zwischen Mutterpartei und Hochschulableger mit einstweiliger Verfügung und Gerichtsvollzieher seinen Höhepunkt.





SHB-Sprecher Albrecht
„Dieser Beschluß muß aus der Welt"

Schon 1960 hatten Bonns Sozialdemokraten ihre damalige Studenten-Organisation, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), verstoßen. Weil die Hochschüler sich weigerten, der SPD auf ihrem Kurs zur Volkspartei zu folgen, erklärte die Parteispitze SPD- und SDS-Mitgliedschaft für „unvereinbar".

Fortan päppelten die Sozialdemokraten ihre Neugründung SHB auf, Sammelstelle „parteifrommer" (Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler) Jungakademiker und universitäres Sprachrohr der Partei. Schon damals freilich hegten die SPD-Oberen Zweifel an der ideologischen Linientreue ihrer Nachwuchsorganisation und gaben dem SHB lediglich die „widerrufliche Genehmigung", sozialdemokratisch zu heißen.

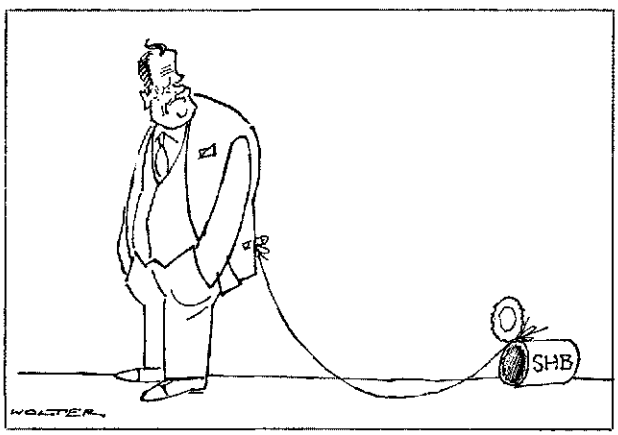
Acht Jahre später hatten die Paten aus der Bonner Parteibaracke die Freude an ihrer Uni-Jeunesse verloren. Wie der SDS hatte sich auch der SHB nach links emanzipiert. Im Wahljahr 1969 sperrte die Partei Zuschüsse für das SHB-Büro und die SHB-Zeitschrift „Frontal", im März 1971 das Parteistipendium von 3000 Mark monatlich.

Ende letzten Jahres waren Namensgeber und Namensträger endgültig entzweit. Obgleich SPD-Präside Kühn und der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski auf Weisung des Parteivorstandes den SHB-Zentralrat vor einer Allianz mit den Spartakisten warnten, beschlossen die Hochschüler im Dezember auf ihrer Bundesdelegierten-Konferenz, weiter mit den Kommunisten zu paktieren.

Zwar wünschen auch die Jungakademiker eine „grundlegende sozialistische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik" (Programmbeschluß). Anders als die mit ihnen verbündeten „Spartakisten" aber wollen die sozialdemokratischen Studenten die parlamentarische Ordnung erhalten. SHB-Albrecht: „A priori stehen wir denen näher als der CDU. Wir verkennen aber nicht die Unterschiede zwischen SHB und Spartakus."

Doch wie 1969 scheute auch diesmal das Partei-Establishment die Auseinandersetzung mit der rebellischen Parteijugend. Kontaktmann Kühn, zur SHB-Bekehrung abgeordnet, ließ es bei einem Gespräch vor der SHB-Konferenz im Dezember 1971 bewenden, weitere verabredete Gespräche „scheiterten am Terminkalender" (Kühn). Eine von der Parteizentrale eigens zusammengestellte Kommission aus SPD-Kultusministern, Professoren und Universitätspräsidenten, die das Verhältnis zu dem Studentenbund klären sollte, erörterte das Thema nur beiläufig.

Gesprächig wurde die Partei erst wieder, als die Entscheidung gefallen war. Am Montag letzter Woche trafen sich in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung zu Bonn sieben SHB-Repräsentanten mit Kühn. In einem anderthalbstündigen Gespräch gewährte der SPD-Führer den Studenten väterlichen Zuspruch („Ich habe ja Verständnis für Ihre Probleme"), aber in der Sache blieb er hart: „Nennt Euch, wie Ihr wollt. Aber es geht nicht, daß sich die Partei für jeden Eurer Schritte verantwortlich fühlen muß."



Stuttgarter Nachrichten
„Ich hab' dich getragen sieben Jahr' und mehr . . ."

Erleichtert wurde das Verdikt dem SPD-Beauftragten durch die beiden Vertreter der radikal-sozialistischen Minderheitsfraktion. Denn anders als ihre Mehrheits-Genossen zeigten sie sich am SPD-Signum nicht interessiert. Minderheits-Fraktionist Henning Schrimpf aus Göttingen: „Wir kämpfen nicht um den Namen, denn wir sind nicht auf eine be-

stimmte Partei fixiert." Kühn bedankte sich: „Da habt Ihr uns nachträglich eine gute Begründung geliefert."

Unnachgiebig blieb die Mehrheitsfraktion (Albrecht: „Dieser Beschluß muß aus der Welt"), die bei dem Namensstreit auf Unterstützung progressiver Sozialdemokraten im Bundestag und in den Landesverbänden rechnen kann.

SPD-MdB Karl-Heinz Walkoff sieht denn auch die „sozialdemokratisch orientierte Politik" an den Hochschulen „gefährdet": „Wir sollten nicht dem Spartakus und dem Ring Christlich Demokratischer Studenten das Feld überlassen." Und der Kieler SPD-Landesvorstand nannte den PV-Entscheid „undifferenziert" und „unangemessen".

Die Jungsozialisten freilich ließen es nicht beim Deklamieren bewenden, sie handelten. Gemeinsam beschlossen SHB-Zentralrat und Juso-Vorstand am vorletzten Wochenende, die „Zusammenarbeit auf hochschulpolitischem Gebiet künftig zu intensivieren". Juso-Chef Wolfgang Roth: „Wenn's ganz haarig wird, leihen wir denen unseren Namen aus."

Und am Dienstag letzter Woche, einen Tag nach der Schlußansprache Kühns an die studentische Jugend der Partei, meldete sich erstmals seit Monaten wieder der Vorstand der Jungsozialisten mit einer Bürgerschreckerklärung an das westdeutsche Wahlvolk. Bündig befanden die SHB-Sympathisanten, das Langzeitprogramm der Mutterpartei sei untauglich: Es sei „in wesentlichen Grundzügen fremdbestimmt, diktiert von den Interessen des Kapitals".

POLEN-HANDEL

Wahrhafter Boom

Der deutsch-polnische Handel steht nach Ratifizierung der Ostverträge vor neuem Aufschwung. Vor und während der Posener Messe bekamen westdeutsche Unternehmen mehr Aufträge als je zuvor.

„Mutter Oberin", rief ein Maschinenverkäufer aus Wuppertal einer vorbeigehenden polnischen Nonne zu, „mit Ihnen würde ich gern einen Whisky-Soda trinken." — „Bleib lieber bei deinen Geschäften", war die Antwort.

Die diesjährige polnische Ost-West-Messe, die am vorletzten Sonntag in Posen begann, gedieh für rund dreitausend westdeutsche Industrievertreter zu einer unbeschwerten Sommerfahrt. „Mit der Ratifizierung des Warschauer Vertrages", so verkündete Polens Parteichef Gierek gleich zur Eröffnung den bundesdeutschen Ausstellern, „ist die Vergangenheit für uns beendet."

Über der Posener Messe strahlte für die deutschen Unternehmer eine noch nie gesehene Höhensonne: Seit Abschluß des Warschauer Vertrages im Dezember 1970 haben sich die deutschen Lieferungen zu einem „wahrhaften Boom" (Axel Rieke, Direktor der Maschinenbaufirma Gildemeister) gesteigert.

Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres setzten westdeutsche Unternehmen über 70 Prozent mehr Erzeugnisse in Polen ab als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Handelsvolumen 1971: 1,5 Milliarden Mark). Beim Elektro-Trust Siemens, so ihr Vertriebschef für Osteuropa, Gerhard Swatek, „plätscherte das Polen-Geschäft vor zwei Jahren noch so dahin. Nunmehr geht es stark nach oben". Beim Stahl-Konzern Hoesch gar, berichtete der Vorstand Erich Niemeier von der Hoesch Handel AG genießerisch, „hat sich der Absatz nach Polen im letzten Geschäftsjahr verfünffacht".



Osthändler Wolff (2. v. r.), Partner*: Zu Resultaten müssen weg vom gegenseitigen Lächeln", so der Parteichef, „dafür hin zu noch mehr Resultaten."

In den westdeutschen Messepavillons machte erstmals die Warschauer Partei- und Regierungsspitze offiziell Besuch: Parteichef Gierek und Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz konferierten mit dem Bonner Handelsdiplomaten Egon Emmel und dem Ost-Sprecher Otto Wolff von Amerongen in einem „großartigen" (Emmel) Intensivgespräch über den deutsch-polnischen Handel.

Jaroszewicz schnitt sofort das im Ost-West-Geschäft stets leidige Kreditproblem an und bat für künftige Geschäfte um so günstige Darlehen, „daß sie von uns auch wieder zurückgezahlt werden können". Gierek forderte auf, die Zahl der deutsch-polnischen Industrie-Kooperationen zu vergrößern. „Wir

* Polens Parteichef Gierek, Ministerpräsident Jaroszewicz und Außenhandelsminister Olechowski in der vergangenen Woche auf der Posener Messe.

Polen-Liebhaber Berthold Beitz, der zwei Tage später einflog, schloß daraus, daß deutsche Unternehmen „sehr schnell" auch in Polen Kapitalbeteiligungen erwerben dürften, die beispielsweise Jugoslawien und Rumänien bereits kapitalistischen Firmen anbieten. Auch Handels-Emissär Emmel hielt nach dem Gierek-Gespräch derartige Kapitalverflechtungen zum Zwecke der Kooperation „für sehr möglich".

Die Gutehoffnungshütte-Tochter Schloemann etwa macht sich Hoffnungen auf einen 70-Millionen-Vertrag zur Lieferung einer Walzwerkanlage nach Oberschlesien; die Hoechst-Tochter Uhde — mit Ostaufträgen aus den übrigen Comecon-Ländern gut gepolstert — erwartet, erstmals auch mit Polen die Lieferung einer Chemieanlage vereinbaren zu können.

Die Geschäfte des Chemietrusts Bayer entwickeln sich, so Paul Karsch, Mitglied des Vorstandsstabes im Leverkusener Unternehmen, „im Trend genauso positiv". AEG-Telefunken hat bereits neue Millionen-Aufträge für Bügelmaschinen, so Ludwig Jacobs, Polen-Referent des Frankfurter Konzerns, „in der Pfanne".

Die mittelständische Coburger Werkzeugmaschinenfabrik Kapp & Co. rechnet mittlerweile damit, daß sie zehn Prozent ihres Gesamtumsatzes in Polen machen wird. Die Leverkusener Firma Textar GmbH — seit vier Jahren überhaupt erst in Polen bekannt — wird wahrscheinlich im nächsten Jahr für 40 Millionen Mark eine komplette Fabrikanlage für Brems- und Kupplungsbeläge nach Warschau liefern.

An fast allen Ständen zeigten sich auch westdeutsche Banker, um die Finanzierungsprobleme des jäh aufblühenden Geschäfts zu diskutieren. Erich Kissner von der Düsseldorfer Commerzbank: „Polen ist ein erstklassiger Geldpartner. Wir sind alle jederzeit bereit, Warschau Finanzkredite einzuräumen."

Schiller-Staatssekretär Johann-Baptist Schöllhorn, der am Dienstag und Mittwoch Gespräche mit dem polnischen Außenhandelsminister Tadeusz Olechowski führte, mußte sich allerdings sagen lassen, daß Warschau angesichts derart wachsender Geschäftsbeziehungen Hilfe auch aus Bonn erwarte. Zudem bemerkte Olechowski vorwurfsvoll, die westdeutschen Einfuhrbeschränkungen gegenüber Polen seien